

Informationsmitteilung über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Im Sinne der Bestimmungen über den Schutz der personenbezogenen Daten (EU-Verordnung 2016/679, im Folgenden GDPR genannt) und im Einklang mit dem Transparenzgrundsatz werden folgende Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten für die von der Beratungsstelle angebotenen Dienstleistungen geliefert.

Verantwortlicher der Datenverarbeitung Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist die **Sozialgenossenschaft Futura O.n.l.u.s., welche die Familienberatungsstelle Lilith (im Folgenden: Beratungsstelle)** mit Sitz in der Marlinger Straße 29, I-39012 Meran (BZ), MwSt.-Nr./St.-Nr. 02525050213, betreibt. Die Beratungsstelle ist mittels der Telefonnummer +39 0473 212 545, der Adresse für zertifizierte elektronische Post (PEC) lilith@pec.it (kann NUR PEC-Mails empfangen) und der E-Mail-Adresse info@lilithmeran.com kontaktierbar.

Datenschutzbeauftragter (DPO) Die Beratungsstelle hat DEF-CON des Cittadino Luca zum Datenschutzbeauftragten (DPO) ernannt. Für etwaige Mitteilungen an den Datenschutzbeauftragten (DPO) kann man an den Referenten von DEF-CON, Herrn Luca Cittadino, schreiben und hierfür folgende Kontaktadressen verwenden:

- E-Mail: dpo.lilith@def-con.it
- PEC-E-Mail: info@pec.def-con.it (diese Adresse kann NUR Mitteilungen empfangen, die von einer Adresse für zertifizierte elektronische Post abgeschickt werden)

Art der verarbeiteten Daten Zur Erbringung der Dienstleistungen der Beratungsstelle werden verschiedene Kategorien von Daten verarbeitet, zum Beispiel meldeamtliche Daten und Kontaktdaten. Aufgrund der von der Beratungsstelle erbrachten Leistungen ist es möglich, dass auch folgende Kategorien von Daten verarbeitet werden:

besondere Daten (wie zum Beispiel ethnische Herkunft, religiöse oder philosophische Überzeugungen, genetische Daten, Daten bezüglich des Gesundheitszustands und des Geschlechtslebens)

und/oder gerichtliche Daten (zum Beispiel jene, die sich auf strafrechtliche Verurteilungen und Vergehen beziehen).

Die besonderen und/oder gerichtlichen Daten werden ausschließlich für jene von der Beratungsstelle erbrachte Leistungen verarbeitet, für welche diese Informationen erforderlich sind.

Quelle der Daten, Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung Die Daten werden direkt beim Betroffenen oder bei Dritten bei folgenden Gelegenheiten eingeholt:

- Zusendung einer Anfrage und gegenseitige Mitteilungen;
- erster Kontakt für die Inanspruchnahme des Dienstes der Beratungsstelle;
- während des ersten Gesprächs und für die Ausfüllung des meldeamtlichen Datenblattes;
- während der Erbringung der Dienstleistung der Beratungsstelle durch Ausfüllen der Kartei;

Einige Daten können bei anderen Subjekten eingeholt werden, darunter:

konventionierten Körperschaften und Institutionen, für welche die Beratungsstelle die Dienstleistung erbringt, zum Beispiel bei Ämtern der Gesundheitssprengel und Sozialdienste der Zugehörigkeitsgemeinden, in den angegebenen Grenzen und für die angegebenen Zielsetzungen, bei Subjekten, die an der Erbringung der Dienstleistung teilnehmen können, zum Beispiel freiberuflichen Fachleuten, externen Fachkräften und Erziehern.

Die Beratungsstelle verwendet die personenbezogenen Daten für folgende Zwecke:

- a) Abwicklung der Anfrage, der Vormerkung und der von der Beratungsstelle erbrachten Leistungen (Beratung, Unterstützung, Vorbeugung, Pflege, Therapie, Rehabilitation, Kurse, Durchführung von Prüfungen und/oder ärztlichen Untersuchungen, Berichterstattung und Ausfolgung usw.);
- b) Steuer-, Verwaltungs- und Buchhaltungsobliegenheiten;
- c) Einhaltung gesetzlicher Pflichten

Die Verarbeitung der Daten für die oben beschriebenen Zwecke findet ihre Rechtsgrundlage in Art. 6, Paragraph 1, Buchstabe c) und e) des GDPR (Ausführung einer Aufgabe von öffentlichem Belang und Beachtung von nationalen und provinziellen Gesetzen und von Gebietsabkommen).

Die besonderen Daten werden laut Art. 9 Paragraph 2 Buchstabe h) der GDPR verarbeitet (Beispiel: für Vorbeugung, Pflege, Betreuung und ärztliche und/oder soziale Therapie).

Folgen bei Verweigerung der Datenmitteilung Die Mitteilung der personenbezogenen Daten ist unerlässlich für die Abwicklung der Tätigkeiten, die auf die Zielsetzungen ausgerichtet sind, welche in den obgenannten Punkten angegeben werden. Die Nichtangabe dieser Daten macht es der Beratungsstelle unmöglich, ihre Leistungen zu erbringen und zu verwalten.

Externe Empfänger und Mitteilungsbereich der Daten Die Daten sind innerhalb der Einrichtung der Beratungsstelle für Mitarbeiter und Bedienstete zugänglich, die dazu ermächtigt und beauftragt sind im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben und auf jeden Fall unter der direkten Verantwortung der Beratungsstelle (der Verantwortlichen für die Datenverarbeitung) für die oben angeführten Zwecke.

Falls erforderlich, und für die oben angegebenen Zwecke können einige unbedingt notwendige Daten externen Subjekten mitgeteilt und von diesen verarbeitet werden (zum Beispiel Analyselabors, Sozial- und Gesundheitskörperschaften, Steuer-, Buchhaltungs- und Arbeitsberater, Freiberuflerbüros und Beratungsgesellschaften, Lieferanten von Software und EDV-Dienstleistungen, öffentliche Verwaltungen und Gerichtsbehörden für jede gesetzliche Obliegenheit und Versicherungsgesellschaften für die Deckung von Risiken). Das auf den letzten Stand gebrachte Verzeichnis der externen Verantwortlichen (die im Auftrag der Beratungsstelle tätig sind) und der mit der Datenverarbeitung Beauftragten wird am Sitz der Beratungsstelle aufbewahrt. Die Beratungsstelle verbreitet keine personenbezogenen Daten.

Weitergabe der Daten in Nicht-EU-Länder Die Daten werden innerhalb des Gebietes der Europäischen Union verarbeitet und es ist keine Weitergabe personenbezogener Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union vorgesehen.

Art und Weise der Datenverarbeitung Die Verarbeitung kann mit manuell bedienten, automatisierten, informatischen, elektronischen Instrumenten erfolgen, die geeignet sind, die Daten zu verwalten, zu speichern und zu übermitteln und auf jeden Fall die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten. Die Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, werden in erlaubter Weise und nach Korrektheit verarbeitet; sie werden für bestimmte, ausdrücklich angegebene und rechtmäßige Zwecke gesammelt und registriert und bei anderen Tätigkeiten der Verarbeitung in einer Weise verwendet, die mit diesen Zwecken vereinbar ist; sie sind zutreffend und werden nötigenfalls aktualisiert; sie sind zur Sache gehörig, vollständig und gehen nicht über die Zwecke hinaus, für welche sie gesammelt oder später verarbeitet wurden.

Aufbewahrungszeit Die Daten werden für jene Zeit verarbeitet, die erforderlich ist, um die Zwecke zu erreichen, für die sie gesammelt wurden, wobei die Grundsätze der Begrenzung und Minimierung der Aufbewahrungszeit beachtet werden. Die Aufbewahrung der Daten erfolgt zwecks Erfüllung rechtlicher Pflichten unter Einhaltung der Grundsätze der Unentbehrlichkeit, der Vermeidung des Übermaßes und der Sachzugehörigkeit. Die für Steuer-, Verwaltungs- und Buchhaltungsobligationen verwendeten Daten werden ab dem Datum der letzten Registrierung 10 Jahre lang aufbewahrt.

Die Daten der Kartei werden für die gesamte Dauer des Beratungsverhältnisses und nach dessen Abschluss für mindestens 5 Jahre aufbewahrt (vorbehaltlich dessen, was von spezifischen Rechtsbestimmungen vorgesehen ist).

Anschließend, sobald die Gründe für die Datenverarbeitung nicht mehr gegeben sind, werden die Daten gelöscht, vernichtet oder in anonymisierter Form aufbewahrt.

Automatisierter Prozess oder Profiling Die personenbezogenen Daten unterliegen keinem automatisierten Entscheidungsprozess und keinem Profiling.

Rechte der Betroffenen und Art und Weise der Ausübung dieser Rechte Es werden (in den vorgesehenen Fällen) folgende Rechte zuerkannt:

- das Recht, die im vorliegenden Dokument enthaltenen Informationen erneut anzufordern;
- das Recht, sich über die Existenz und die Aufbewahrungszeiten der Daten zu erkundigen und den Zugriff auf die Sie betreffenden Daten und die Kopie derselben zu verlangen;
- das Recht, die Aktualisierung und Ergänzung der gelieferten Daten zu verlangen;
- das Recht, die Mitteilung der gegebenenfalls von der Beratungsstelle aufbewahrten personenbezogenen Daten oder die Ausfolgung einer Kopie derselben zu verlangen;
- das Recht, die Löschung der personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern nicht ein Recht der Beratungsstelle auf deren Aufbewahrung besteht;
- das Recht, sich Verarbeitungstätigkeiten zu widersetzen, die ihres Erachtens nicht rechtmäßig sind, oder Einschränkungen der Verarbeitung zu verlangen.

Für die Ausübung dieser Rechte sind keine besonderen Formalitäten vorgesehen, der Antrag ist schriftlich an die gewöhnliche E-Mail-Adresse (info@lilithmeran.com) oder an die E-Mail-Adresse für zertifizierte elektronische Post (PEC) der Beratungsstelle (lilith@pec.it) zu richten oder es ist der Datenschutzbeauftragte (DPO) zu kontaktieren. Die Beratungsstelle ist verpflichtet, binnen 1 Monat eine Antwort zu erteilen, in komplexen Fällen kann diese Frist auf 3 Monate verlängert werden.

Es ist auch möglich, am Sitz der Beratungsstelle die Informationsmitteilung über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erneut einzusehen.

Beschwerderecht Falls Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten unter Verstoß gegen die Bestimmungen über den Schutz personenbezogener Daten erfolgt, haben Sie das Recht, eine Beschwerde an die Datenschutzbehörde (www.garanteprivacy.it) zu richten, wie sie von Art. 77 des GDPR vorgesehen ist, oder sich gemäß Art. 79 der GDPR an die zuständigen Gerichtsbehörden zu wenden.

Informationsmitteilung, Aktualisierung und fortlaufende Nummer Informationsmitteilung Beratungsstelle – s. Formular 1 – Aktualisierung 23.02.16 (JJ.MM.TT) – fortlaufende Nr. 1